

GASTKOMMENTAR

Brexit statt Grexit – wird die EU dem Euro geopfert?

Die Euro-Krise verschlechtert gerade in den Nicht-Euro-Ländern das Vertrauen gegenüber der EU dramatisch. Nicht-Euro-Länder wie Grossbritannien fühlen sich direkt oder indirekt negativ betroffen. Die Anziehungskraft der gesamten Integrationsgemeinschaft EU droht dadurch sukzessive verloren zu gehen. Von Renate Ohr

Die Versuche der Euro-Partner, die Schuldenproblematik Griechenlands zu lösen, dauern mittlerweile schon weit über fünf Jahre an. Politiker, aber auch die EZB, beteuern dabei immer wieder, Griechenland müsse in der Euro-Zone gehalten werden, da sonst die Europäische Währungsunion oder gar die EU insgesamt gefährdet seien. Dafür war man bereit, über verschiedenste umfangreiche Rettungspakete, über einen ersten Schuldenschnitt sowie über Hilfsmassnahmen der EZB die Staatspleite Griechenlands immer wieder hinauszuzögern. Man ist auch bereit, nahezu alle Prinzipien aufzugeben, die für das Funktionieren einer gemeinsamen Währung eigentlich unabdingbar sind.

Geschwächte Integrationsbereitschaft

Dabei wurden in den politischen Verhandlungen die Risiken eines möglichen Grexit – sowohl für die Gläubiger als auch für die EU und für Griechenland selbst – meist dramatisiert. Doch weder scheidet der Euro, wenn Griechenland austritt, noch scheidet die EU durch einen solchen Schritt. Viel schlimmer aber ist, dass auch der jetzige Weg eben nicht hilft, um Griechenland zu einem selbstbestimmten und vor allem eigenverantwortlichen Reform- und Aufholprozess zu führen. Hierfür wären stattdessen ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone und eine Abwertung der griechischen Währung notwendig. Dies müsste kombiniert werden mit einem offiziellen weiteren Schuldenschnitt einerseits und durchgreifenden Reformen andererseits, welche die bisherigen falschen Anreizmechanismen in Politik und Wirtschaft nachhaltig beseitigen. Die Anpassungslasten, gerade auch für die schwächsten Teile der Bevölkerung, wären bei einer externen Abwertung geringer als bei der jetzt weiterhin vorgesehenen internen Abwertung über extreme Sparprogramme.

Die von Griechenland empfundene Überforderung durch zu harte Spar- und Sanierungsvorgaben und der in den Gläubigerländern mittlerweile monierte Verlust an jeglicher Glaubwürdigkeit des Krisenstaates schwächen dagegen zunehmend die Integrationsbereitschaft der Europäer. Sie üben mittlerweile auch in den zunächst nicht betroffenen Partnerländern der EU einen negativen Einfluss auf die öffentliche und politische Meinung zur EU aus. Die übertriebenen Versuche, Griechenland, koste es, was es wolle, in der Euro-Zone zu halten, destabilisieren somit nicht nur die Währungsgemeinschaft selbst, sondern sie bewirken zugleich, dass das Vertrauen der Bürger in die EU insgesamt in nahezu allen Mitgliedsländern mittlerweile stark zurückgegangen ist.

Insbesondere die Briten gehen auf klare Distanz, wie die von Cameron vorgesehene Volksabstimmung über den Verbleib in der EU zeigt. Für die Briten gibt es viele Gründe für ihre EU-skeptische Haltung: Schon immer sah sich Grossbritannien in einer gewissen Distanz zu Kontinentaleuropa und pflegte trotz Mitgliedschaft in der EU intensive Beziehungen zu Drittländern. Die Teilnahme am EU-Binnenmarkt entspricht allerdings prinzipiell der liberalen Orientierung Grossbritanniens in handelspolitischen Fragen. Mittlerweile ermöglicht jedoch die globale Handelsliberalisierung, dass die Vorteile von Freihandel in zunehmendem Mass auch ohne die Einbindung in eine regionale Integrationsgemeinschaft wie die EU (und als Nettozahler) genutzt werden können. Die anhaltenden Zentralisierungs- und Harmonisierungstendenzen in der EU, die die nationale Politikgestaltung einengen, widersprechen den ordnungspolitischen Vorstellungen vieler Briten. So werden viele EU-Regulierungen als nicht notwendig für das Funktionieren des gemeinsamen Marktes angesehen. Auch das von vielen EU-Politikern propagierte Ziel einer «immer engeren Union» wird von vielen Briten nicht unterstützt.

Eine dramatische Verschlechterung im Vertrauen gegenüber der EU hat sich jedoch durch die Euro-Krise ergeben. Je länger diese anhält, umso mehr fühlen sich auch Nicht-Euro-Länder wie Grossbritannien direkt oder indirekt negativ davon betroffen. Cameron hat daher sehr deutlich gemacht, dass Grossbritannien nicht bereit sei, sich in die Euro-Probleme hineinziehen zu lassen und an der Finanzierung der griechischen Schulden zu beteiligen. Berücksichtigt man aber, dass nach den neuen Abstimmungsregeln in der EU die Euro-Zone mittlerweile die Stimmenmehrheit in der EU hat, so könnten die Euro-Länder bei Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit Entscheidungen für die EU als Ganzes treffen. Vor dem Hintergrund des oft hilflos wirkenden und wenig überzeugend agierenden Krisenmanagements innerhalb der Euro-Zone muss dies von den Nicht-Euro-Ländern als Gefahr angesehen werden. Gelingt es nicht, das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Entscheidungsträger in der Euro-Zone zurückzugewinnen, so geht die Anziehungskraft der gesamten Integrationsgemeinschaft EU sukzessive verloren.

Stabilität der EU stärken

Mit dem Versuch, gegen jede ökonomische und politische Vernunft Griechenland in der Euro-Zone zu halten, unterhöhlt man nicht nur das Fundament des Euro, sondern der gesamten EU. Hier-

durch steigt unter anderem das Risiko, Grossbritannien als wichtiges und starkes Mitglied der Gemeinschaft zu verlieren. Ein Austritt Grossbritanniens würde die EU in ihrem inneren Zusammenhalt deutlich schwächen, aber auch das politische Gewicht der EU im internationalen Kontext würde sich hierdurch gravierend verringern. Die Anziehungskraft der Gemeinschaft würde sich künftig nur noch auf kleinere und schwache Länder richten, während für wirtschaftlich starke Länder die Exit-Option zunehmend interessant würde. Damit hätte der europäische Integrationsprozess seinen Scheitelpunkt erreicht. Grexit statt Brexit: Dies könnte die langfristige Stabilität der Europäischen Union, zu der Griechenland ja weiterhin gehören würde, sichern. Anderenfalls könnte es sein, dass die EU letztlich dem Euro zum Opfer fällt!

.....
Renate Ohr ist Professorin für Wirtschaftspolitik an der Universität Göttingen.